№. 100. 1859.

Erscheint wöchentlich drei Mal Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Der vierteljährl. Pränumerations-Preis für Einheimische beträgt 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königlichen Post-Anstalten 19 Sgr. 9 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die 3 spaltige Corpuszeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

[Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei. Dienstag, den 11. October. [Redakteur Ernst Lambeck.]

Die preußische Antwort auf die Rechberg'sche Note vom 4. September.

Unsere Staatsregierung nahm Veranlassung, unter dem 23. d. Mts. die bekannte österreichische Note vom 4. September unterm 23. September zu beantworten, in welcher der Graf v. Rechberg sich erdreistet hatte den regierenden Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha wegen seiner für die deutsche Bundesreform kundgegebenen Gesinnung zurechtweisen zu wollen. Diese Note wurde auch unserer Staatsregierung „vertraulich" mitgetheilt.

Die preußische Antwort, nicht so unumwunden in der Sprache wie die Rechberg'sche Note, weist diese doch vollständig zurück.

Der erste Punkt, welchen unsere Staatsregierung gebührend und diplomatisch fein beantwortet, betrifft den Ausfall gegen den Herzog von Koburg-Gotha. Er, der Ausfall, wird abgethan durch eine Erklärung des Prinz-Regenten, welchem die österreichische Note auf Verlangen des Wiener Kabinets vorgelegt wurde. Der Prinz-Regent erklärt nun, der Herzog habe durch seine Worte zu einer Verwahrung der Rechte der deutschen Fürsten, weder der einzelnen, noch der Gesammtheit, keine Veranlassung gegeben, ein von den meisten deutschen Regierungen zu verschiedenen Zeiten anerkanntes Bedürfniß auf Verbesserungen der deutschen Bundes-Verfassung ausgesprochen, dadurch jedoch keineswegs ungesetzmäßige Bestrebungen zu demselben Ziele ermuthigt.

Was nun die Stellung der preußischen Regierung zur deutschen Reformbewegung anlangt, so bezieht sich dieselbe einfach auf die Antwort, welche der Minister des Innern Graf von Schwerin auf die Stettiner Adresse ertheilt hat, anführend, daß sie auch ihren deutschen Bundesgenossen keine anderen Erklärungen als die gegen das eigene Land ausgesprochene geben könne.

Die preußische Antwort berührt schließlich jene Stelle der Rechberg'schen Note, in welcher auf die edle Gesinnung des Kaisers von Oesterreich und den Olmützer Vertrag hingewiesen wird. Ueber diesen Punkt äußert sich die diesseitige Antwort folgendermaßen: Die berührte Thatsache gehört der Geschichte an. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß die damals gefundene Ausgleichung große schwebende Fragen ungelöst gelassen hat, welche es weder klug noch gerecht sein würde, auf Irrthümer oder Bestrebungen von Parteien zurückführen zu wollen. Ich erinnere daran, daß zu der Lösung dieser Fragen Oesterreich selbst in unzweifelhaften und bestimmten Erklärungen, vor wie nach dem angedeuteten Zeitpunkte, sich berufen gefühlt hat, mitzuwirken. Und wenn die Lösung dieser Fragen auch jetzt noch der Zukunft vorbehalten bleiben muß, so wird es sich dabei für die preußische Regierung jederzeit nicht um selbstsüchtige Tendenzen oder einseitige Ansichten, sondern um ihre Pflichten gegen Preußen und Deutschland handeln.

Gehen wir die Antwort noch einmal durch, so treten zwei erfreuliche Momente hervor. Unsere Regierung weist erstens die Reformbewegung nicht nur nicht zurück, sondern findet dieselbe gerechtfertigt und will den Bedürfnissen, welche jene hervorgerufen, zu rechter Zeit im Interesse Preußens und Deutschlands Rechnung tragen. Zweitens nehmen wir wahr, daß Preußen nicht geneigt ist, sich von Oesterreich in's Schlepptau nehmen zu lassen und die faule Politik dieser Macht zu unterstützen. So wird auch der Zustand, welcher der Olmützer Zusammenkunft folgte, preußischerseits nur als ein provisorischer noch zu ordnender, nicht aber als endgültig geordneter angesehen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 7. Oktbr. Nach der „N. P. Z." werden die Regierungen der Mittelstaaten sich nunmehr sicherem Vernehmen nach mit einer Mittheilung an die preußische Regierung wenden, worin sie ihre Beschlüsse in Bezug auf die beim Bundestag zu beantragenden Reformen nebst den zu Grunde liegenden Motiven zur Kenntnißnahme darlegen. An diese Mittheilung dürfte der Wunsch geknüpft sein, daß die Mittelstaaten sich mit Preußen in dieser Beziehung im Einverständniß befinden möchten. Die Mittelstaaten wollen deßhalb die preußische Regierung ersuchen, sie möge jetzt schon die Abänderungen bezeichnen, welche sie demnächst beim Bunde zu beantragen gedenke. — 8. Oktbr. Nach Nachrichten soll auch der Herzog von Koburg-Gotha eine Antwort auf die Rechbergsche Note erlassen. In dieser Antwort wird ausgesprochen, daß des Herzogs Worte mißverstanden sein müssen. Der Herzog habe den Wunsch nach einer Einigung Deutschlands kundgegeben, der eine Ausschließung Oesterreichs nicht bedinge. Als Souverän sei er über Gesprochenes Niemand, am Wenigstens einem Kabinette Rechenschaft schuldig. Die trostlose Bundesverfassung habe es verhindert, daß der Herzog seinen Wunsch, Oesterreich beizustehen, erfüllen konnte. Diese Mittheilung ist unbegründet. Nicht der Herzog, sondern sein Ministerium hat geantwortet, aber auch in anderer Weise, als oben mitgetheilt ist.

Mecklenburg. Das Ministerium des Inneren verbietet mit Hinweis auf den Bundesbeschluß vom 20. Sept. 1836 die Theilnahme am „nationalen Verein" zur Anstrebung einer einheitlichen und freiheitlichen Gestaltung Deutschlands. Die Theilnahme wird dem Vergehen des Hochverraths und Landesverraths gleichgestellt.

Oldenburg. Dem Großherzoge ist aus Varel ein Gesuch überreicht worden, daß die Regierung desselben mit gleichgesinnten Staaten, „die Einführung einer starken Central-Regierung Deutschlands unterstützen, insbesondere die auf denselben Zweck abzielenden Schritte des preußischen Staats, in dem der Schwerpunkt und die Stütze des deutschen Volkes liegt, fördern möge."

Würtemberg. Die hiesigen Liberalen und Demokraten haben sich in Betreff des nationalen Vereins in ihrer Mehrzahl dahin geeinigt, daß sie demselben zwar nicht förmlich beitreten aber in einer Zuschrift an den Ausschuß des Vereins ihre Uebereinstimmung in der Hauptsache erklären, mit dem Vorbehalt jedoch, daß sie Oesterreich noch eine ehrliche Probe gestatten wollen, falls dieses geneigt sei, selbst mit Reformen am Bunde voranzugehen, und mit Hervorhebung einer Reihe von Reformaufgaben, auf deren Lösung die Agitation des Vereins sowohl als der ihm befreundeten Patrioten in Süddeutschland, mit Beiseitesetzung der im Augenblick unlösbaren Frage von der Centralgewalt, in der Weise zu richten wäre, daß die Regierungen in den Kammern, in der Presse und durch jedes andere erlaubte Mittel (Volksadressen ꝛc.) dahin gedrängt würden, sich über die Befriedigung jener Reformbegehren zu verständigen. Dergleichen Aufgaben sind namentlich die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Kurhessen, Holstein, Hannover u. s. w. Aufhebung der Bundespreßordonnanzen, Wiederherstellung des Vereinsrechts, Einführung gleichen Rechtes und gleicher Rechtspflege in ganz Deutschland, allgemeine Freizügigkeit, Einheit in materiellen Dingen (Münze, Maß, Gewicht), möglichst gleiche Gesetzgebung in allen Staaten nach dem Muster der deutschen Wechselordnung, Verkehrserleichterungen und Förderung der materiellen Interessen überhaupt u. s. w. u. s. w. Diese Zuschrift soll, nachdem sie die gehörige Zahl Unterschriften erhalten haben wird, durch die Presse veröffentlicht werden.

Frankreich. Das kaiserl. Kabinet soll dem General der mittelitalienischen Liga die Weisung haben zugehen lassen den Romagnolen gegen die päpstlichen Truppen nicht beizustehen. Bestättigt sich dies Gerücht, so wäre die Sache der Legationen verloren. — Das Ende der Konferenzen in Zürich steht binnen Kurzem bevor. Vor den Kongreß käme nur die Frage wegen Mittelitalien. — Die französischen Panzerschiffe scheinen sich besser zu bewähren, als die englischen, wenn, wie man von Toulon berichtet, es wahr ist, daß man aus sehr kleinen Entfernungen gegen 68 Kugeln auf eine jener Fregatten abgefeuert hätte ohne ihr wesentlichen Schaden zuzufügen. — Das Touloner Geschwader ist zum Absegeln bereit; das Ziel der Expedition ist unbekannt. — Das Geschwader aus Toulon soll nach der italienischen Küste gehen, um dort Truppen einzuschiffen (?). — Wideram erklärt der „Constitutionel" (den 6.) daß Frankreich keine Intervention in Mittelitalien dulden werde.

Großbritannien. Die Deutschen in London werden im Krystallpalast zu Sydenham das Schillerfest feiern.

Dänemark. Der Minister-Präsident erklärte in der Sitzung des Reichsraths v. 5., daß er unaufhörlich bemüht sei für die konstitutionelle Wiederverknüpfung Holsteins mit der Gesammtmonarchie.

Italien. Es ist jetzt verbürgt, daß der König von Neapel Truppen an der römischen Grenze sammelt. — In allen Theilen des römischen Staats regt es sich trotz der Schweizer-Truppen. In Ancona hat man eine Verschwörung entdeckt, man wagte aber aus Furcht vor einem Aufstande die Häupter nicht zu verhaften. Daß der sardinische Gesandte in Rom Graf della Minerva die Pässe erhalten hat, ändert das Verhältniß zwischen dem Papste und Sardinien nicht weiter, da ersterer schon seit längerer Zeit seinen Gesandten wegen des Votums über die Kirchengüter aus Turin berufen hat. — In Bologna hat die Regierung die Zollschranken gegen Toskana und Modena aufgehoben und den sardinischen Zolltarif eingeführt. — Mazzini hat sich für den König Viktor Emanuel erklärt. Sein Anhang ist noch bedeutend und seine Erklärung wird zur Verschmelzung der Parteien beitragen. — Die patriotische, besonnene und reine Erhebung

ist leider am 6. in Parma befleckt. Dort wurde der Oberst Graf Anriti vom Volke in einem Kaffeehause ermordet. Er war ein Anhänger der vertriebenen Fürstenfamilie und verdächtig in Piacenza eine Kontre-Revolution anzetteln zu wollen.

Türkei. Die Liste der bei der Verschwörung in Konstantinopel betheiligten Personen ist veröffentlicht: Sie theilt 34 Namen mit; die Häupter waren ein Mufti (Priester), 2 Generale, 3 Kommandanten, die übrigen Hauptleute und Lieutenants. Die Untersuchung ist geschlossen. In neuster Zeit sind jedoch noch mehre Verhaftungen vorgekommen.

Provinzielles.

Marienwerder, den 5. Oktbr. Direktor Mittelhausen mit seiner wirklich lobenswerthen Gesellschaft — die beste aller bisherigen — weiß, durch angemessene Auswahl der Stücke allabendlich das Theater zu füllen. — Der hiesige Fabrikbesitzer Rudolph hat unterm 1. d. Mts. Aufforderung zur Unterzeichnung der Eisenacher Beschlüsse erlassen. Eine nahmhafte Anzahl selbstständiger Männer hat bereits ihre völlige Zustimmung gegeben und werden die Listen bis zum 15. d. Mts. offen gehalten. (Gr. Ges.)

Marienburg, den 6. Oktober. In Betreff der Eisenacher Erklärung kann ich Ihnen mittheilen, daß die Sache hier auf den Sand gerathen ist. Das hiesige Comité giebt kein Lebenszeichen von sich und ist mir von einem Mitgliede desselben versichert worden, daß auch nichts für diese Angelegenheit gethan werden wird. — Montag und Dienstag, den 3. nnd 4. Oktober fand im hiesigen Seminar die Wiederholungs-Prüfung von Lehrern statt. Es hatten sich zu derselben 31 Lehrer eingefunden. Donnerstg und Freitag, den 6. und 7. Oktober ist Bewerber-Prüfung. 48 Schulamts-Bewerber haben sich zu derselben gemeldet. Letztere Zahl scheint zu beweisen, daß noch immer Lust genug zum Lehrer-Beruf vorhanden ist. Freilich sind unter den Bewerbern größtentheils ehemalige Handwerker, Oekonomen, verabschiedete Militairs u. s. w.! Dienstag den 11. Oktober wird Herr Regierungs-Schulrath Dr. Wantrup im Seminar mit den Lehrern des Kreises Marienburg eine Synodal-Schulkonferenz abhalten. (D. Z.)

Elbing. Der Elbinger Correspondent des Bromberger Wochenblatts theilt letzterem mit, daß von hier aus ebenfalls eine, die deutsche Angelegenheit betreffende Adresse an den Prinz-Regenten geschickt werden soll. Es ist, wie wir mit Bestimmtheit mittheilen können, hier von keiner Seite der Erlaß einer derartigen Adresse angeregt worden. — Als vor einigen Tagen der thätige Gensdarm Krüger die Kiste eines Dienstmädchens durchsuchte, welche durch Anschaffung von Schmucksachen den Verdacht erregt hatte, ihrem Brotherrn ein vor etwa 2 Monaten abhanden gekommenes Portemonnaie mit 41 Thaler entwandt zu haben, eilte dasselbe plötzlich, nachdem der genannte Beamte es dabei ertappt hatte, wie es ein ihr zugehörendes Portemonnaie mit 3 Thalern ängstlich zu verbergen bemüht war, aus dem Hause hinaus und stürzte sich in den in der Nähe befindlichen Elbingfluß. Sie wurde aus diesem jedoch sofort von Leuten, die in einem Kahn zufällig vorüber fuhren, herausgezogen und hierauf ihre Verhaftung angeordnet, nachdem ihre Angabe, daß sie die bei ihr gefundenen 3 Thlr. von ihrer Mutter erhalten, sich als falsch erwiesen. Den von Herrn Krüger am folgenden Tage mit gewohntem Eifer fortgesetzten Nachforschungen gelang es auf dem Boden des Hauses nach längerem Suchen das gestohlene Portemonnaie, in dem noch 25 Thlr. waren, aufzufinden. Die Diebin, welche bis dahin hartnäckig geläugnet, legte hierauf ein Geständniß ab.

Danzig, den 6. Oktober. Der Theater-Direktor Dibbern ist zwischen 3—4 Nachmittag an der Cholera verschieden.

Königsberg, den 7. Oktober. (K. H. Z.) Der königsberger Handwerker-Verein zählt schon jetzt c. 500 ordentliche Mitglieder. Damit die Freuden der Geselligkeit nicht ausgeschlossen bleiben, ist der Vorstand zur Zeit damit beschäftigt, ein Vereins-Liederbuch zu beschaffen; auch haben sich ca. 30 Sänger bereits freiwillig gemeldet, um unter Leitung des Musik-Direktors Herrn Schubert den Quartett-Gesang auszubilden und so auf angenehme Weise die Pausen der Versammlungs-Abende ausfüllen zu helfen. Der gewünschte Frage-Kasten ist bereits auch angeschafft worden. Geht es mit dem Wachsen der Mitgliederzahl so weiter vorwärts, wie bis jetzt schon in den ersten Anfängen, dann wird der Verein von dem Paragraph seines Status, der vom Einführen von Gästen spricht, wohl als bald Abstand nehmen, oder wie in Berlin, in Zeiten daran denken müssen, sich eine eigene Vereins-Halle zu bauen.

Lokales.

Stadtverordneten-Sitzung am 7. Oktober. Anwesend waren die Herrn: Gall Vorsitz. — Wallis Schriftführer — Dr. Bergenroth, Meyer, Kugler, Wendisch, Adolph, Behrensdorff, Orth, Werner, Engelke, Danielowski, Kayserlingk, Prowe, H. Schwarz, Heins, Tetzlaff, Taege, Mauermst. Schwartz, Mallon, Wernicke, Beyer, Hesselbein, Kusel, Sponnagel, Mallon, Kroll, Kaufmann. — Den Magistrat vertraten die Herrn: Oberbürgermeister Körner, Syndikus Joseph, Baurath Kaumann.

Der Rechnung der Kirche zu Gurske p. 58. wird die Decharge ertheilt, ebenso der der hiesigen Testament- und Almosen-Haltung, sowie der des Depositoriums der milden Stiftungen. Der Magistrat wird ersucht das vorhandene Verzeichniß der hypothekarisch ausgeliehenen Kapitalien zu vervollständigen und dem Kassen-Curatorium behufs der jährlichen Prüfung zu übersenden. Auch soll der Magistrat bei subhastirten Grundstücken den Zuschlag nicht eher ertheilen, als bis das Kapital nebst den rückständigen Zinsen durch die Kaufsumme gedeckt sind, ev. das Grundstück selbst erstehen. — Der Magistrat hatte mehre Anträge bezüglich der Verwaltung der Gasanstalt überreicht. In Folge derselben beschließt die Versammluug daß der Buchhalter ein monatliches Gehalt von 20 Thlr. sowie eine Remuneration nach Maßgabe des Geschäfts und seines Fleißes erhalten soll. Die Verwaltungs-Deputation für die Anstalt wird aus 3 Magistratsmitgliedern, 2 Stadtverordneten und 2 anderen Bürgern bestehen. Das Statut für die Anstalt wird nach den bis Neujahr 1860 zu sammelnden Erfahrungen von der zeitigen Verwaltungs-Commission entworfen und festgestellt werden. Diese Commission verbleibt auch bis Neujahr 1860 in ihrer Funktion und soll dann die Wahl der neuen Commission statthaben. — Die vom Justiz-Fiskus für die zum Gefängnißbau angekauften Gebäude zuzahlenden Abgaben sollen auf 100 Thlr. festgestellt werden. — Dem Sekretair Herrn Telke wurden für seinen Sohn, welcher am hiesigen Gymnasium das Abiturienten Examen gemacht hat, in Anbetracht der Tüchtigkeit desselben 100 Thlr. ein für alle mal zum Studium bewilligt. — Das Gesuch des Lehrers Herrn Fischer um Erhöhung seines Gehalts wird der Schuldeputation zur Begutachtung überwiesen. — Das Komite zur Schillerfeier suchte um eine Unterstützung aus Kommunalmitteln zu dieser Feier nach. Das Gesuch wurde abgelehnt. — Ein Gesuch der Polizei-Ausreiter Kaiser und Holzmann um Gehaltserhöhung wird zur nächsten Sitzung zurückgelegt. — Der Magistrat beantragte den täglichen Diätensatz für die Mitglieder der Forst- und Ziegelei-Deputation bei Reisen auf 1 Thlr. zu fixiren. Von der Firirung der Diäten wird Abstand genommen. — Die Versammlung genehmigt, daß die Klafter Holz für den Bedarf der Kämmerei mit 3 Thlr. 22 Sgr. die Dochte per Dutz mit 2½ Sgr., der Ctr. Oel mit 12 Thl., das Pf. Lichte mit 6 Sgr. 4 Pf. bezahlt wird. — Der Magistrat wird ersucht mit der Regierung in Unterhandlung zu treten wegen Abtretung der Polizeigewalt im Landbezirk. — An Stelle des Herrn Adolph wird Herr Dr. Bergenroth in die Schuldeputation gewählt.

Berichtigung. Durch ein Versehen unseres Herrn Ref. über die Sitzung des Handwerkervereins v. 6. steht in dem betreffenden Bericht, daß der Verein alle 4 Wochen eine Sitz. halten werde. Es ist aber am 6. beschlossen worden, daß nunmehr alle vierzehn Tage eine Sitz. des Vereins statthaben wird. **Die Redaktion.**

Inserate.

Handelsbericht.

Thorn, den 10. Oktober. Agio für Russ. Poln Papier 16%; groß Courant 9½%; klein Courant 11⅔%.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 8. Oktober. Temp. W. 7 Gr. Luftd. 28 Z. 2 Str. Wasserst. 2 Z.

Den 9. Oktober. Temp. W. 6 Gr. Luftd. 28 Z. 3 Str. Wasserst. 0 Z.

Den 10. Oktbr. Temp. W. 5½ Gr. Luftdr. 28 Z. 3 Str. Wasserst. 0 Z.